

Tag der Deutschen Einheit – die Voraussetzungen der Wiedervereinigung und ihre Wirkungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Heute vor ganz genau 20 Jahren haben die Landräte der Landkreise Freiberg, Brand-Erbisdorf und Calw die Urkunde zur Begründung einer Kreispartnerschaft unterzeichnet. Sie begründeten diese Kreispartnerschaft, um einen kommunalen Beitrag zum Zusammenwachsen zu leisten und um das gegenseitige Verständnis zu fördern. Deshalb freut es mich sehr, dass der Kreisgeschichtsverein, der ebenfalls am 3. Oktober, allerdings schon vor 25 Jahren, gegründet wurde, seine Jubiläumsveranstaltung der Deutschen Einheit widmet und dass diese Veranstaltung heute im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes stattfindet.

„Tag der Deutschen Einheit – die Voraussetzungen der Wiedervereinigung und ihre Wirkungen“

so steht das Thema meines Vortrags in Ihrem Programm und so ist es auch mit mir vor längerer Zeit abgesprochen. Doch je näher der heutige Tag rückte, desto großspuriger erschien es mir. Denn die Deutsche Einheit hat nicht nur ein paar wenige Voraussetzungen. Ihre Wirkungen dauern noch an und sind historisch noch nicht abschließend zu würdigen. Wenn es einen historischen Vorgang der neueren Geschichte gibt, der mehr als komplex ist, dann ist es nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands.

Diese Vorbemerkung ist mir deswegen wichtig, weil ich mir nicht anmaßen möchte, eine exakte und abschließende Beschreibung oder gar Würdigung vortragen zu können. Ich kann Ihnen ein paar wenige Gedanken ausbreiten, die mir selber für das Verständnis dieses großartigen Vorgangs der Wiedervereinigung wichtig erscheinen, und das will ich jetzt gerne tun. Dabei beziehe ich mich, was die Daten betrifft, hauptsächlich auf Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung, insbesondere auf Manfred Görtemaker: Der Weg zur Einheit.

Zu allererst: die Wiedervereinigung Deutschlands war für die allermeisten von uns, auch für mich und wahrscheinlich auch für Sie, eine völlig überraschende Wendung der deutschen Geschichte. Ich möchte behaupten, dass die allermeisten, vielleicht alle, Helmut Kohl eingeschlossen, nicht mehr daran geglaubt hatten. So hat Kohl in seinem „Bericht zur Lage der Nation“ 1984 noch erklärt: „Wir sind bereit, die Beziehungen zur DDR auf der Basis von Ausgewogenheit, Vertragstreue und Berechenbarkeit und mit dem Ziel praktischer Ergebnisse weiterzuentwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland

und die DDR stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft, beide müssen sich um eine Entschärfung der internationalen Lage bemühen.“

Wir hatten uns de facto mit der deutschen Teilung als dem sichtbarsten Teil der Aufteilung der Welt in zwei große Blöcke arrangiert, abgefunden, ja, beinahe ein bisschen angefreundet. Es hatte ja was: die Welt war im Wesentlichen berechenbar und einigermaßen friedlich, wengleich dieser Frieden auf einem im wahrsten Sinne des Wortes explosiven Abschreckungspotenzial gründete. Nicht nur wir Deutschen, auch die Welt hatte die Wiedervereinigung Deutschlands abgeschrieben.

Die Sowjetunion konnte sie nicht wollen, weil das ihren „Cordon sanitaire“ verkleinert hätte, weil es ihren Status im Kalten Krieg verschlechtert hätte, weil es das militärische Gleichgewicht verändert hätte, und beinahe aus denselben Gründen hatten die USA kein gesteigertes Interesse an einer Wiedervereinigung Deutschlands. Es ist inzwischen bekannt, dass Kennedy bei der Berlinkrise nicht ernsthaft eine kriegerische Konfrontation mit der Sowjetunion in Betracht gezogen hatte.

Der amerikanische Präsident Bush sen. wiederum, der schließlich eine beachtlich offensive Rolle gespielt hat in den Ereignissen der Jahre 1989/90, auch er hat zunächst Bedingungen gestellt wie die Nato-Mitgliedschaft und den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen von deutschem Gebiet, von denen er annehmen musste, dass Gorbatschow und die Sowjetführung sie nicht akzeptieren konnten.

Frankreichs Mitterand war noch 1990 gegen eine Wiedervereinigung, weil sie die führende Rolle Frankreichs in Europa gefährdet hätte, und er hat erst unter dem Eindruck der seiner Meinung nach unaufhaltsamen Entwicklungen in der DDR, aber vor allem auch in der Sowjetunion selber, eingelenkt.

Die Haltung von Margret Thatcher ist uns noch gut geläufig, aber auch sie entsprang nicht einer persönlichen Phobie, sondern dem politischen common sense in Großbritannien.

Die Interessenlage in Europa und der Welt schien so, dass eine Wiedervereinigung nicht mehr auf die Tagesordnung kommen sollte.

In unserer Bundesrepublik hatten wir dennoch bis 1990 ein „Gesamtdeutsches Ministerium“, es hieß tatsächlich so. Dort wurde die deutsche Einheit verwaltet. Ich erinnere mich noch gut an einen Vortrag eines leitenden Beamten dieses Ministeriums, der seinen verblüfften Zuhörern noch im Oktober 1989 ausführlich und allen

Ernstes auseinanderlegte, warum die Wiedervereinigung nicht kommt, schon, weil die Rechtslage insbesondere wegen des Grundlagenvertrags, aber auch die komplizierte Gemengelage der alliierten Interessen und die schwierige innersowjetische Situation Gorbatschows das eigentlich nicht zulassen.

Die DDR-Politik, die bedarf keiner weiteren Vertiefung, wollte die Wiedervereinigung ohnehin zu keinem Zeitpunkt, es sei denn unter sozialistischem Vorzeichen, was freilich eher eine rhetorische Übung war.

Die Politik der Bundesrepublik war ein bisschen komplizierter: zunächst war ja die Wiedervereinigung von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes als Politikauftrag verfassungsrechtlich festgeschrieben. Schon deshalb war eine Position, die ausdrücklich davon Abstand genommen hätte, nicht zu erwarten gewesen, obwohl die Dringlichkeit durchaus unterschiedlich gesehen wurde. Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht 1973 entschieden, dass das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes unverändert Gültigkeit besitze, wenngleich die Verfassungsorgane in der Ausgestaltung des Weges dorthin politisches Ermessen hätten.

In den Anfängen der Bundesrepublik hat die Politik Zeichen gesetzt, die nicht gerade auf dem direkten Weg auf eine Wiedervereinigung hinauszulaufen schienen. Dazu gehört schon die Gründung der Bundesrepublik selbst, die freilich den faktischen Sonderweg der sowjetischen Besatzungsmacht in der Zeit des Kalten Krieges eher nachgezeichnet als bestimmt hat. Aber immerhin war die Gründung eines deutschen Teilstaats nicht gerade ein Symbol für eine Zukunft Deutschlands in nationaler Einheit. Das war auch die Westintegration der jungen Bundesrepublik nicht, und ebenso wenig die Wiederbewaffnung und die Mitgliedschaft im westlichen Verteidigungsbündnis, der NATO. Die Fahne der deutschen Einheit hielt eher die Opposition hoch, wenn überhaupt jemand.

Man war natürlich auch mit anderen, praktischeren Fragen beschäftigt wie dem Wiederaufbau des doch erheblich zerstörten Landes sowie dem dynamischen Aufbau einer florierenden Wirtschaft, die den Abstand der beiden Teile Deutschlands täglich vergrößerte.

Dieser Abstand wurde von den Menschen in der DDR naturgemäß stärker empfunden als von denen im westlichen Deutschland. Zum wirtschaftlichen Abstand kamen hinzu eine immer unerträglichere Beschneidung der Freiheitsrechte und eine diskriminierende Politik gegen bestimmte Teile der Bevölkerung, nicht zuletzt auch gegen die Mitglieder der Kirchen.

Aus diesen Gründen sind bis 1989 4,9 Mio. Einwohner von Ost nach West gegangen, teilweise „legal“ ausgehert, teilweise unter dramatischen Umständen durch die Ostsee schwimmend, in selbstgebastelten Ballons oder von Fluchthelfern durch unterirdische Stollen geschleust.

Die Machthaber in der DDR versuchten, dieses Ausbluten mit allen Mitteln in den Griff zu bekommen. Der spektakulärste und leider auch erfolgreichste war der Bau der Berliner Mauer 1961 und der systematische Ausbau der innerdeutschen Grenze zum sogenannten „Todesstreifen“. 3.000 scharfe Hunde, 55.000 Selbstschussanlagen und etwa 1,3 Mio. Minen hat die DDR-Führung dort gegen ihre eigenen Bürger in Stellung gebracht.

Die dadurch zynischerweise eingetretene Beruhigung stabilisierte die Verhältnisse in der DDR aber nur kurzfristig. Der Grund für die prinzipiell instabile Lage wurde freilich nicht verändert: der aufgeblähte Staats- und Parteiapparat, die Planwirtschaft, das Fehlen von Marktkräften, die miserable Produktivität, die systematische Unterdrückung eines freien und kritischen Geistes und vieles mehr. Dennoch konnte die DDR-Führung in der Welt jetzt offensiver auftreten; sie fokussierte ihre internationalen Bemühungen auf die völkerrechtliche Anerkennung ihrer Staatlichkeit.

Die hermetische Abriegelung brachte jedoch auch neue Fragestellungen mit sich, ganz besonders dringliche hinsichtlich des freien Zugangs nach Westberlin, aber auch solche zu Regelungen für Besuche von Bürgern der Bundesrepublik in der DDR und, natürlich in beschränkterem Umfang, für DDR-Bürgerbesuche in der Bundesrepublik.

Die Transitfragen wurden im Viermächteabkommen von 1971/72 angesprochen und gelöst, während für die bilateralen Verträge zuerst die völkerrechtliche Situation zwischen den beiden deutschen Staaten geregelt werden musste. Dies geschah im „Grundlagenvertrag“ von 1972/73, der die sogenannte „Hallsteindoktrin“ der Adenauer-Ära ablöste und der DDR eine gewisse Souveränität zugestand. „Wandel durch Annäherung“ hieß die Formel der innerdeutschen Politik der Regierung Willy Brandt, deren geistiger Vater der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Egon Bahr war.

Praktisch war der Abschluss des Grundlagenvertrags der diplomatische Durchbruch für die DDR, denn nun war das Ziel der völkerrechtlichen Anerkennung in greifbare Nähe gerückt. Innerhalb eines Jahres haben 68 Staaten die DDR völkerrechtlich anerkannt, die DDR wurde dann auch Mitglied der UNO. Die Bundesrepublik Deutschland unterhielt mit der „Ständigen Vertretung“ in Ostberlin quasi eine Botschaft.

So schwierig das Sich-Einmauern vor Abschluss des Grundlagenvertrags gewesen war, noch schwieriger war die bescheidene Öffnung, denn der Druck aus der Bevölkerung war riesengroß. Vorher, im Jahr 1970, besuchten etwa 2 Millionen Westdeutsche und Westberliner Ostberlin und die DDR, nachher, 1973, waren es mehr als acht Millionen. Die DDR-Führung musste registrieren, dass ihre Bürger sich immer stärker am Westen orientierten, zumal inzwischen durch die Verbreitung des Fernsehens und des Telefons in der DDR

Informationsmöglichkeiten in bisher nicht bekanntem Umfang gegeben waren. Westfernsehen war üblich, außer im „Tal der Ahnungslosen“, wie man das Gebiet zwischen Bautzen und Görlitz bezeichnete, und die Unsumme von 23 Millionen Ferngesprächen mit Westdeutschland im Jahre 1980 war für die durchaus übliche Telefonüberwachung trotz des riesigen MfS nicht mehr wirklich zu kontrollieren.

Deshalb startete die DDR eine Verschärfung des ideologischen Kampfes. Abgesichert wurde dieser ideologische Krieg gegen den Geist des Kapitalismus im Inneren und gegen die imperialistische Bundesrepublik nach außen mit einer gigantischen Aufrüstung des Ministeriums für Staatssicherheit. 1968 war der Etat des MfS bei 5,8 Mrd. DDR-Mark, und 1989 schließlich 22,4 Mrd. 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter und 173.000 IM („Inoffizielle Mitarbeiter“) bespitzelten 1989 ihre Mitbürger und versuchten, freilich nicht ganz erfolgreich, wie das Ende zeigt, ideologische Abweichungen vom sozialistischen Pfad der Tugend zu verhindern.

Diesen riesigen Staatsausgaben, zu denen ja noch die völlig unproduktive Sicherung der Westgrenze und eine überdimensionierte Nationale Volksarmee hinzukamen, standen keine entsprechenden Einnahmemöglichkeiten gegenüber. Die DDR-Wirtschaft war nämlich ganz außerordentlich unproduktiv. So gab es für jeden und jede im erwerbsfähigen Alter eine Beschäftigungsgarantie. Die Beschäftigungsquote war nahezu 100%, die Arbeitslosenquote nahezu 0%. Maßgeblich war nicht, was der Betrieb an Arbeitskraft brauchte, maßgeblich war das regionale Angebot an Arbeitskräften. Innerhalb der Arbeitszeit waren deshalb Besorgungen knapper Güter für den privaten Haushalt durchaus üblich. Die Arbeitsproduktivität war dann auch auf niedrigstem Niveau.

Die Devisenknappheit war permanent groß, weil es einen freien Außenhandel nicht gab, weil die produzierten Güter in die sozialistischen Bruderländer, vorzüglich in die Sowjetunion gingen. Außerdem wären die DDR-Produkte auf dem Weltmarkt wohl selten wettbewerbsfähig gewesen. Preise waren ohnehin politisch und nicht, wie hier, betriebswirtschaftlich fundiert. Kurzum, die Volkswirtschaft der DDR war insolvent, eine Situation, die sich durch die Ereignisse in den achtziger Jahren in Polen, in Ungarn und schließlich auch in der Sowjetunion wegen deren ausfallender Nachfrage noch deutlich verschärfte.

Deswegen nahm die DDR gerne Geld an, auch und gerade vom Klassenfeind im Westen. Franz-Josef Strauß als damaliger bayerischer Ministerpräsident hat 1983 den ersten großen Milliardenkredit für die DDR eingefädelt. Schon vorher gab es Devisentransfers im Zuge des Freikaufs von politischen Gefangenen; insgesamt 31.755 Erwachsene und 2.000 Kinder wurden mit insgesamt 3,44 Mrd. DM diskret ausgelöst und so die klamme Staatskasse der DDR aufge bessert. Die Transit- und Besuchsabkommen wurden der DDR von der Bundesrepublik ebenfalls vergoldet, die westdeutschen Be-

sucher Ostberlins und der DDR mussten DM zwangsweise in Mark der DDR eintauschen.

Diese Finanzspritzen konnten aber die strukturelle Leistungsschwäche der DDR-Volkswirtschaft nicht kompensieren und schon gar nicht beseitigen. Deshalb mussten wir 1989/90 zur Kenntnis nehmen, dass die DDR komplett – nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich – zusammengebrochen war. Die wirtschaftliche Substanz, das Produktivvermögen der DDR, war ganz überwiegend wertlos, weil nicht mehr sanierungsfähig.

Natürlich gab es noch weitere Voraussetzungen für das, was 1989/90 in der DDR passiert ist und was schließlich zur Wiedervereinigung geführt hat. Der wirtschaftliche Bankrott alleine hätte nicht zwangsläufig zu einem vereinten Deutschland geführt.

Da war zum einen die friedliche Revolution 1989 selbst, die die letztlich ohnmächtige Handlungsunfähigkeit des DDR-Regimes sichtbar machte und damit eine wesentliche politische Ursache für dessen Beseitigung setzte. Diese Bilder, die wir immer noch in unseren Köpfen haben, sandten trotz oder eher wegen aller Gewaltlosigkeit eine gewaltige Botschaft an die DDR-Mitbürger, an die Politik der Bundesrepublik, an die ganze Welt: „Wir sind das Volk“ und: „Wir sind ein Volk“. Das Staatsvolk der DDR hat sich selbst befreit, eigentlich ohne direkte Hilfe von außen, aber begünstigt durch die konkreten Umstände. Und sie haben die Wiedervereinigung zum Thema gemacht. Dies wiederum hat dazu geführt, dass dieses Thema auf die Agenda der Bundesrepublik gekommen ist. Es schmälert die enorme politische und erstaunlich reife Leistung der Revolutionäre nicht, wenn wir zugleich feststellen, dass der Untergang der DDR und die Wiedervereinigung darüber hinaus noch viele andere Ursachen haben, wie etwa der wirtschaftliche Niedergang, über den ich vorhin gesprochen habe.

Dazu kam der „Hauch der Weltgeschichte“. Die Entwicklungen in Deutschland waren eingebettet in eine weltweite Periode der Umwälzungen des sowjetisch dominierten Ostblocks. Die erste revolutionäre Entwicklung in der sowjetischen Machtsphäre begann 1980 in Polen mit dem Werftarbeiterstreik in Danzig und der damit verbundenen Gründung der „Solidarnosc“, die mehr war als eine Gewerkschaft. Seit 1982 wurde auch in Ungarn über eine Liberalisierung der kommunistischen Linie öffentlich und offen diskutiert und auch umgesetzt, einschließlich eines einigermaßen freien Wahlrechts. 1985 schließlich wurde Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU. Mit ihm änderte sich die sowjetische Politik. Er wollte eine Öffnung der Sowjetunion (Glasnost) gegenüber dem Westen und gegenüber der Moderne überhaupt erreichen, und zu diesem Zweck begann er eine grundlegende Umgestaltung (Perestroika) von Staat, Partei und Gesellschaft. Gorbatschow erkannte nämlich, dass die Sowjetunion den Herausforderungen einer modernen Industriegesellschaft mit ihren verkrusteten Funktionsstrukturen nicht gewachsen war, und wollte wohl zunächst nicht

mehr und nicht weniger als eine Ertüchtigung der Sowjetunion, keineswegs deren Auflösung.

Für die DDR-Führung, die sich allen Reformrufen zum Trotz als Hort der kommunistischen Orthodoxie verstanden hat und deren Macht nicht zuletzt auch darauf beruhte, dass der große Bruder Sowjetunion 380.000 Soldaten in der DDR stationiert hatte, war die Gorbatschowsche Politik unberechenbar, undurchschaubar und zutiefst beunruhigend.

Bisher konnte die SED-Führung davon ausgehen, dass die „Breschnew-Doktrin“ Demokratiebewegungen von vornherein aussichtslos erscheinen ließ. Die Sowjetarmee hätte, wie 1968 in Prag, mit ihren Panzern jede Reformbewegung im Keim erstickt. Als Gorbatschow aber spätestens 1987 keinen Zweifel mehr daran ließ, dass die Zeiten der begrenzten Souveränität der Ostblockstaaten vorbei sei, dass jede Partei über den Weg ihres Landes autonom entscheiden könne und die Sowjetunion dies akzeptieren werde, da war klar, dass die DDR keinen wirklichen Verbündeten mehr hatte. Diese Erkenntnis führte nicht etwa zu einer Revision der bisher eingenommenen Positionen wie in fast allen Ländern der östlichen Hemisphäre, sondern dazu, dass sich die DDR noch mehr isolierte und abschottete.

Ein groteskes Schlaglicht auf diese Selbstisolierung wirft das Vertriebsverbot für die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ im November 1988. Diese plumpe Maßnahme der Meinungszensur führte zu offenen Protesten vor allem von Studenten und der „Intelligenz“.

Kurzum: die DDR war reif für den Untergang. Die Wende und damit die Gelegenheit zur Herstellung der deutschen Einheit war kein plötzliches Ereignis, sondern das sich lange Zeit bereits abzeichnende Ende der DDR. Die friedliche Revolution, auf die diejenigen, die an ihr teilgenommen haben, zu Recht stolz sein dürfen, war indessen mehr als der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hätte, denn sie war zugleich der Beginn des Neuen.

Der eigentliche Wiedervereinigungsprozess und vor allem sein konkreter historischer Ablauf bedurften freilich zusätzlich der Bereitschaft und der Fähigkeit der bundesdeutschen Politik, die Situation zu erfassen, die darin liegenden Chancen rechtzeitig, aber nicht zu früh, wahrzunehmen und das winzige Zeitfenster, welches zur Verfügung stand, punktgenau zu nutzen. Das war eine politische Meisterleistung, die mit den Namen von Bundeskanzler Helmut Kohl und des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble verbunden sind.

Seit den großen weltpolitischen Umwälzungen der 80er-Jahre, in die die deutsche Wiedervereinigung eingebettet war, ist die Welt ganz offensichtlich sehr viel komplizierter geworden, und, leider, auch sehr viel weniger friedlich: Balkan, Irak, Afghanistan, Kaukasus, um nur einige zu nennen.

Deutschland sucht immer noch seine Rolle in der Weltpolitik, wie sich zuletzt in diesem Jahr eindrucksvoll in der Libyenfrage gezeigt hat. Das wäre uns vor der Wiedervereinigung nicht passiert, denn da hätte uns niemand gefragt, weil jeder Teil Deutschlands, die Bundesrepublik wie die DDR, der Politik seines Blocks hätte folgen müssen. Außenpolitik war eine eher mechanische Angelegenheit in der Zeit des kalten Krieges, die – wie schon einmal gesagt – eigentlich eine friedliche Zeit war.

Deutschland ist durch die Wiedervereinigung größer geworden. Das ist zunächst eine triviale Feststellung, aber es bedeutet auch, dass die Rolle Deutschlands in der Welt eine andere geworden ist. Wir sind stärker als vorher in einer europäischen Führungsrolle, in die – so habe ich jedenfalls den Eindruck – unsere Politik immer noch hineinwachsen muss.

Das tatsächliche Zusammenwachsen ging doch ein bisschen langsamer, als wir uns das vorher vorgestellt haben. Ich selbst war 1990 der Auffassung, dass das Größte in fünf Jahren geschehen sein würde. Da habe ich mich gründlich getäuscht. Die Wirkungen von 40 Jahren Sozialismus, Isolation, Unfreiheit, Bespitzelung, Behinderung und Bevormundung sind doch viel tiefgreifender. 40 Jahre sind in der Geschichte kein langer Zeitabschnitt, aber im Leben eines Menschen sind 40 Jahre eine lange Zeit.

Ich habe mich immer gewundert, wie die Nazis es doch in kurzer Zeit geschafft haben, ein ganzes Volk auf ihren Kurs auszurichten und eine ganze Gesellschaft mit langer und großer kultureller Tradition gewissermaßen umzudrehen. Ich möchte das nicht Vergleichbare natürlich überhaupt nicht miteinander vergleichen, aber vergewaltigen wir uns bitte, dass zwischen 1933 und 1945 nur 12 Jahre liegen. Es gab keine Generation, die die Zeit vor der Diktatur nicht noch gekannt hätte. Mit dieser kurzen Zeitspanne als Maßstab wird deutlicher, dass 40 Jahre eine sehr lange Zeit sind. Ich glaube, dass man diese Tatsache unterschätzt hat. Die Generation der 1989 40 und heute 60 Jahre alten Deutschen war vollständig in einem sozialistischen System sozialisiert. Es ist bewundernswert und spricht für die Intelligenz und Anpassungsfähigkeit dieser Menschen, wie gut sie sich in einem völlig anderen, für sie fremden System zurechtgefunden haben.

Um diese Kulturleistung zu würdigen, muss man sich ein paar Dinge vor Augen halten, die nur beispielhaft sind – die Liste ließe sich beinahe beliebig fortsetzen:

- Es gab seit der Kollektivierung in der DDR keine bäuerliche Kultur mehr. Das flache Land war dadurch seiner Identität beraubt, das Leitbild war der Maschinist und nicht der Bauer.
- Es gab so gut wie keinen Mittelstand, es gab keine Kultur der Selbständigkeit. Sehen Sie sich im Landkreis Calw um! Der Mittelstand und das Handwerk sind nicht nur unser wirtschaftliches Gerüst, sondern sie haben unsere Kultur, unser

Denken und Fühlen geprägt wie kaum etwas anderes. Dieses strukturierende Element fehlte in der DDR fast vollständig.

- Es gab keinen Arbeitsmarkt. Der DDR-Bürger war einem volkseigenen Betrieb meist lebenslänglich verbunden, seine berufliche Karriere war vorgezeichnet, sein soziales Umfeld ebenso.
- Es gab das MfS. Die freie, vor allem auch die politische Rede war unbekannt. Aber auch private Gespräche, selbst mit Verwandten, waren von Vorsicht geprägt und haben politische und gesellschaftliche Themen meist ausgegrenzt.

Ein weites Feld, so würde Theodor Fontane sagen, auf dem sich noch viele Beispiele finden ließen.

Damit will ich eigentlich nur sagen, dass wir die Unterschiedlichkeit nicht unterschätzen dürfen. Wir sind hier in einer anderen Welt aufgewachsen als beispielsweise unsere Partner im Landkreis Mittelsachsen. Die systembedingten Unterschiede zwischen Ost und West werden leider noch verstärkt durch eine zwar abnehmende, aber immer noch vorhandene Abwanderung vor allem tüchtiger junger Frauen und durch eine noch niedrigere Geburtenrate im Osten.

Bemerkbar macht sich natürlich immer noch die Ausgangslage: die DDR-Wirtschaft produzierte weniger produktiv und mit überwiegend maroden Mitteln. Zwar ist in den neuen Ländern das Produktivitätsniveau seit der Wende enorm angestiegen: betrug es 1990 weniger als die Hälfte des Westniveaus, so ist es heute deutlich über 80% und wächst weiter. Dennoch ist heute noch deutlich spürbar, dass das produzierende Gewerbe nach 1990 dramatisch abgenommen hat, seitdem nur noch etwa 40% der vormals dort Beschäftigten ihren Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe behalten konnten. Seit 1999 steigt dieser Anteil wieder etwas an, ist aber immer noch bei weniger als 50%.

Schneller als der wirtschaftliche Aufschwung gelang der Aufbau staatlicher und kommunaler Strukturen, wenngleich auch dort mehr als fünf Jahre nötig waren.

Die „neuen“ Bundesländer, die mit 21 Jahren so neu ja nun auch nicht mehr sind – die alten waren gerade um die 40 Jahre alt, als wir zusammengekommen sind – sind nach meiner Beobachtung gut aufgestellt. In der Politik waren sie schnell eine Bereicherung, auch dank einiger sehr interessanter und tüchtiger Persönlichkeiten, ob aus dem Westen oder aus dem Osten.

Aber auch im administrativen Bereich ist nach meiner Wahrnehmung der Unterschied nicht mehr spezifisch. Anfangs war, das natürlich anders. Das begann schon damit, dass es in der DDR keine ausgebildeten Juristen

gab, die beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Verwaltung und vor allem natürlich beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Rechtsprechung hätten behilflich sein können. Die klassischen Verwaltungsberufe waren unbekannt. Fachwissen war deswegen natürlich Mangelware, mit der wir anfangs gerne ausgeholfen haben. Ebenso war die Ausstattung der neuen Behörden unglaublich dürftig. So brachten wir dem Landratsamt Freiberg Anfang 1990 ein Faxgerät und ein Funktelefon mit, weil dort keines vorhanden war. Inzwischen ist das Landratsamt Mittelsachsen in Freiberg wahrscheinlich moderner ausgerüstet als das unsrige.

So wichtig die Aufbauhilfe, vor allem die fachliche, in den ersten Jahren auch war, so entbehrlich ist sie inzwischen in ihrer ursprünglichen Form. Heute dominiert der fruchtbare, immer interessante und nützliche Erfahrungsaustausch „auf Augenhöhe“.

Was freilich noch wichtiger ist, ist der Informations-, Wissens- und Erfahrungsaustausch über die Verwaltungen hinaus. Viele Irrtümer über unsere Landsleute im Osten lösen sich in Luft auf, wenn man das Objekt seines Vorurteils von Angesicht zu Angesicht sieht und mit ihm direkt kommuniziert. Das ist dann auch die Chance zu lernen, dass es doch Unterschiede gibt. Immerhin machen die Badener seit hundert Jahren Witze über uns, warum sollten wir nicht auch zur Kenntnis nehmen dürfen, dass die Sachsen uns in vielem sehr ähnlich, in manchem aber doch verschieden sind?

Unsere Kreispartnerschaft mit dem Landkreis Freiberg, heute mit Mittelsachsen, bestand ihre Bewährungsprobe während und nach dem verheerenden Augusthochwasser 2002. Damals waren unsere Feuerwehren in Flöha und anderswo im Landkreis Freiberg im Katastropheneinsatz, und die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Calw haben über 260.000 € gesammelt und sie als Soforthilfe den Katastrophengeschädigten zur Verfügung gestellt. Und wenn Landrat Uhlig von unserem Partnerkreis sagt, dass die Menschen im sächsischen Partnerkreis auch uns zur Seite stehen würden, wenn wir ihre Hilfe brauchen, dann bin ich mir sicher, dass er nicht zu viel verspricht. Dies ist doch ein wunderschönes Zeichen dafür, dass „deutsche Einheit“ inzwischen etwas sehr Konkretes geworden ist.

Dass wir inzwischen seit Ende 2009 eine Partnerschaft mit dem polnischen Partnerkreis unseres sächsischen Partnerkreises haben, mit dem Landkreis Gleiwitz, das hat für mich etwas Symbolisches und Wegweisendes. Dieses europäische Dreieck zeigt mir, dass der kalte Krieg beendet ist und dass wir eine neue, konstruktive Rolle im Zusammenwachsen Europas einnehmen können. Hätten wir uns das vor der geglückten Wiedervereinigung vorstellen können?

